Mehr wirtschaftliche Beteiligung bei der Umsetzung der SDGs? Nein!

Jens Martens

Am 5. Juni 2013 fand im Treuhandrat der Vereinten Nationen in New York eine denkwürdige Veranstaltung statt. Über 150 geladene Gäste trafen sich zum Philanthropie-Gipfel der amerikanischen Zeitschrift Forbes. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die laut dem Veranstalter ein Vermögen von nahezu einer halben Billion US-Dollar repräsentierten, waren Multimilliardäre wie Bill Gates und Warren Buffet. Die Veranstaltung war ein Symbol für die rapide wachsende Präsenz von privatwirtschaftlichen Akteuren in den UN.

Auch im Umsetzungsprozess der ›Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung‹ und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) zeigt sich dieser Trend. Der umfassende Zielkatalog erfordere neue Partnerschaften mit der Wirtschaft – so der Tenor vieler Unternehmen und westlicher Regierungen. Immer mehr Unternehmen nutzen öffentlich-private Partnerschaften, um staatliche Regulierung als überflüssig und neue Formen von ›Multistakeholder-Governance‹ als alternativlos darzustellen.

Die Organisationen des UN-Systems sind mittlerweile hunderte derartige Partnerschaften eingegangen. Dazu gehören beispielsweise die Initiativen ›Every Drop Matters‹ von Coca-Cola und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), ›Hairdressers against AIDS‹ von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und L'Oréal sowie die ›Better than Cash Alliance‹, an der neben dem Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen (UNCDF) unter anderem VISA und Citigroup beteiligt sind. Treibende Kräfte hinter diesen Partnerschaften sind die ›Bill & Melinda Gates Foundation‹ und die vom CNN-Gründer Ted Turner ins Leben gerufene ›United Nations Foundation‹.

Die Vorstellung, Großkonzerne und ihre Lobbygruppen würden die UN ›kapern‹, ist allerdings irreführend. Denn allzu oft sind es die Sekretariate der UN-Organisationen selbst, die angesichts leerer Kassen die Partnerschaft mit der Wirtschaft suchen. Bislang wurde in UN-Kreisen allerdings oft übersehen, dass die Weltorganisation durch zu große Wirtschaftsnähe massiven Schaden nehmen kann. Die Risiken des wachsenden Wirtschaftseinflusses sind vielfältig. Sehr offensichtlich ist die Gefahr eines Übergewichts ökonomischer Interessen. Die Konzepte privatwirtschaftlicher Akteure zur Lösung weltweiter Probleme zielen regelmäßig auf die Schaffung eines unternehmerfreundlichen Investitionsklimas, den Abbau von Handelshemmnissen und die Öffnung der Märkte. Die bitteren Erfahrungen, die viele Länder des globalen Südens mit den Folgen von Deregulierung, Liberalisierung und erzwungener Marktöffnung gemacht haben, zeigen jedoch, dass die einfache Gleichung ›Was gut ist für die Wirtschaft, ist auch gut für die Gesellschaft‹ nicht aufgeht.

Die verstärkte Kooperation von UN-Organisationen mit einzelnen Unternehmen kann zudem zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Derartige Partnerschaften können den beteiligten Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenzfirmen einen Imagegewinn verschaffen, sie bei der Erschließung von Märkten unterstützen und ihnen den Zugang zu Regierungen erleichterten. Die Leidtragenden sind nicht selten kleine lokale Unternehmen. Viele sehen den größten ›Aktivposten‹ der UN in ihrer moralischen Autorität und der Vermittlung bei Interessenkonflikten. Aus diesem Grund wirft der Schulterschluss mit Unternehmen, deren Aktivitäten dem Geist der UN-Charta widersprechen und die für die Verletzung von Normen und Standards der UN verantwortlich sind, ein schlechtes Licht auf die UN.

Bitter ist für viele UN-Organisationen, dass der finanzielle Nutzen ihrer Öffnung gegenüber der Privatwirtschaft bislang gering blieb. Bei UNDP kamen zwischen den Jahren 2009 und 2013 gerade einmal 0,5 Prozent der Beiträge von privaten Unternehmen. Unternehmen erhalten den Reputationsgewinn und die Beziehungen der UN zum Schnäppchenpreis. Eine wichtige Ausnahme bilden Bill Gates und Ted Turner mit ihren Stiftungen. Turners Stiftung finanziert mittlerweile wesentliche Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit der UN. Die Stiftung von Bill Gates war im Jahr 2015 der zweitgrößte Geldgeber der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nach den USA. Die Abhängigkeit der UN von diesen privaten Mäzenen und ihren Stiftungen wächst.

Dies wirft die Frage nach den Konsequenzen des wachsenden Einflusses privatwirtschaftlicher Akteure für demokratische Entscheidungsprozesse auf. Denn die Partnerschaften zwischen UN-Organisationen und privaten Akteuren vollziehen sich bislang außerhalb der Entscheidungsgewalt und der Kontrolle zwischenstaatlicher Gremien wie der UN-Generalversammlung. Teilweise erhalten private Geldgeber die Mitentscheidungsgewalt über die Prioritäten internationaler Politik und die Verwendung öffentlicher Gelder. Diese Modelle relativieren die politische und völkerrechtliche Stellung von Regierungen und Parlamenten. Sie reduzieren diese zu ›Stakeholdern‹, die auf gleicher Augenhöhe mit privaten Unternehmen, Stiftungen und gelegentlich auch nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) stehen. Es ist höchste Zeit, diesen Trend zu stoppen, den wachsenden Wirtschaftseinfluss in den UN einzudämmen und Modelle eines demokratischen Multilateralismus zu stärken.

Jens Martens, geb. 1962, ist Geschäftsführer des Global Policy Forum in Bonn.